



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement für Umwelt, Verkehr,
Energie und Kommunikation UVEK

Bundesamt für Umwelt BAFU
Abteilung Wasser

3003 Bern
BAFU, BMA

POST CH AG

Kanton St.Gallen
Baudepartement
Amt für Wasser und Energie
Lämmlibrunnenstrasse 54
9001 St.Gallen

Referenz: BAFU-A-19643401/30
Aktenzeichen: BAFU-042.131-00-60429/1/4/1
Ittigen, 28. Juni 2021

Sanierungsmassnahmen nach Art. 10 BGF Anhörung BAFU nach Art. 9c Abs. 2 VBGF

Kraftwerk: Name, Gemeinde, Kanton
Inhaberin: Name, Adresse, PLZ Ort
Massnahmen: Sanierung des Fischaufstiegs / Fischabstieg

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom [Datum] haben Sie dem BAFU das Dossier zu oben erwähntem Sanierungsprojekt zur Anhörung nach Art. 9c Abs. 2 der Verordnung vom 24. November 1993 zum Bundesgesetz über die Fischerei (VBGF, SR 923.01) geschickt. In Kenntnis der kantonalen Stellungnahme vom [Datum] nehmen wir dazu wie folgt Stellung:

1 Ausgangslage

Angaben zum Betreiber, Standort und Typ der Anlage. Angaben zur laufenden Konzession. Beschreiben der Vorgeschichte, Bedeutung des Standortes als Grundlage für Verhältnismässigkeitsprüfung beschreiben. Angaben zur bestehenden Beeinträchtigung und zur Sanierungspflicht gemäss strategischer Planung. Angaben zur Verfügung der Sanierungspflicht. Angaben zum Projekt (Sanierungsmassnahme, Spezialfall, Ausbau...) Angaben ob eine Vorprüfung stattgefunden hat etc.

2 Gesetzliche Grundlagen

Die Kantone sorgen gemäss Art. 10 des Bundesgesetzes vom 21. Juni 1991 über die Fischerei (BGF, SR 923.0) dafür, dass bei bestehenden Wasserkraftanlagen Massnahmen nach Art. 9 Abs. 1 BGF getroffen werden, soweit sie wirtschaftlich tragbar sind. Bei diesen Massnahmen handelt es sich unter anderem um solche, die geeignet sind, die freie Fischwanderung sicherzustellen (vgl. Art. 9 Abs. 1 Bst.

Bundesamt für Umwelt BAFU
Marc Baumgartner
3003 Bern
Standort: Papiermühlestrasse 172, 3063 Ittigen
Tel. +41 58 46 541 31, Fax +41 58 46 303 71
marc.baumgartner@bafu.admin.ch
<https://www.bafu.admin.ch>



BAFU-A-19643401/30

b BGF), wobei auch die natürlichen Gegebenheiten und allfällige andere Interessen zu berücksichtigen sind.

Gemäss Art. 9c Abs. 1 VBGF ordnet die kantonale Behörde die Massnahmen nach Art. 10 BGF an. Sie kann Inhaber bestehender Wasserkraftwerke verpflichten, verschiedene Varianten von Sanierungsmassnahmen zu prüfen, wenn die kantonale Planung noch keine ausreichenden Angaben über die Sanierungsmassnahmen enthält. Bei Wasserkraftwerken, bei denen die Sanierungsmassnahmen in der Planung noch nicht definitiv festgelegt werden konnten, hört die Behörde ausserdem gemäss Art. 9c Abs. 2 VBGF das BAFU an, bevor sie über das Sanierungsprojekt entscheidet. Das BAFU prüft im Hinblick auf das Zusicherungsgesuch nach Art. 28 Abs. 1 der Energieverordnung vom 1. November 2017 (EnV, SR 730.01), ob die Anforderungen nach Art. 10 BGF erfüllt sind und die Wirtschaftlichkeit der Massnahme gewährleistet ist (Anh. 3 Ziff. 2 EnV).

3 Beurteilung

3.1 Eingereichte Unterlagen

Folgende Unterlagen wurden dem BAFU zur Beurteilung unterbreitet:

- Begleitschreiben inkl. Stellungnahme des Kantons XY vom xx.yy.201x
- Vorprojekt / Technischer Bericht / Variantenstudium o.ä. vom xx.yy.201x

Ist das Dossier inhaltlich vollständig? Wurden Anträge aus Vorprüfungen berücksichtigt? Wurden Fristen der Projektierung eingehalten?

Das Dossier ist für die Anhörung nach Art. 9c Abs. 2 VBGF inhaltlich [un]vollständig

3.2 Notwendigkeit von Massnahmen

Beschreiben und Beurteilung, ob zur Erfüllung der Anforderungen nach Art. 9 Abs. 1 BGF Massnahmen getroffen werden müssen.

3.3 Variantenstudium und Massnahmenwahl (bei Bedarf)

Welche Varianten wurden untersucht (Darstellung/Bewertung der Varianten mit unserer Evaluationsvorlage)? Sind die gemachten Untersuchungen ausreichend und nachvollziehbar? Wurden alle möglichen Sanierungsmassnahmen geprüft? Braucht es weitere Untersuchungen/Abklärungen?

Ist die Wahl der Bestvariante nachvollziehbar? wurde bei der Massnahmenwahl die ökologische Wirkung, die Verhältnismässigkeit, die Interessen des Hochwasserschutzes und der energiepolitischen Ziele genügend berücksichtigt?

3.4 Bestvariante

3.4.1 Ökologische Wirkung

Welche Wirkung kann mit der vorgeschlagenen Sanierungsmassnahme erzielt werden? Werden die Anforderungen nach Art. 9 Abs. 1 BGF erfüllt?

3.4.2 Berücksichtigung natürliche Gegebenheiten und anderer Interessen

Werden die natürlichen Gegebenheiten berücksichtigt? Gibt es andere Interessen und wenn ja, werden sie berücksichtigt? Nachvollziehbar?

Führt die Bestvariante zu einer Energieminderproduktion (betriebliche Massnahme, nicht Produktionsausfall während Massnahmenbau)? Wenn ja Energieminderproduktion in GWh/a angeben und in Do-kuSanWK erfassen (V1: In Bemerkungen, V2: In separatem Feld im Geschäftsfall).

3.4.3 Verhältnismässigkeit des Aufwandes

Ist die Massnahme Verhältnismässigkeit (geeignet, erforderlich, zumutbar)?

3.4.4 Koordination im Einzugsgebiet

Werden die Massnahmen im Einzugsgebiet des betroffenen Gewässers aufeinander abgestimmt?

Wird die Massnahme auf andere Gewässerschutzmassnahmen abgestimmt?

3.5 Wirkungskontrolle

Liegt ein Konzept zur Wirkungskontrolle vor? Entspricht es den Vorgaben der Vollzugshilfe?

3.6 Wirtschaftlichkeit

Beurteilung der Wirtschaftlichkeit? Wurde eine Ausschreibung gemacht? Wird die Wirtschaftlichkeit der Massnahmen nachvollziehbar dargelegt? Sind die Kosten der einzelnen Kostenpunkte in einem „vernünftigen“ Rahmen (Vergleich mit Referenzkosten)? -> Falls erst eine Kostengrobschätzung vorliegt und noch keine Ausschreibungen gemacht wurden, darauf hinweisen, dass im Antrag auf Entschädigung die Wirtschaftliche Ausführung der Massnahme nachvollziehbar erläutert werden muss.

Die Leistungen für die ökologische Sanierung der Wasserkraft unterliegen dem öffentlichen Beschaffungsrecht. Die Gesuchstellerin sorgt dafür, dass für die kommenden Schritte im Rahmen der dem öffentlichen Beschaffungsrecht entsprechenden Vergabeverfahren die Arbeiten an die wirtschaftlich günstigsten Unternehmen vergeben werden. Für das Auszahlungsgesuch ist das Vergabeverfahren zum Nachweis der Wirtschaftlichkeit angemessen zu dokumentieren.

3.7 Voraussetzungen für eine Entschädigung und anrechenbare Kosten

Bei Bedarf: Hinweis falls detaillierte Angaben vorhanden und grobe Differenzen ersichtlich sind. (Sind Voraussetzungen für Entschädigung grundsätzlich gegeben? Wurden die anrechenbaren Kosten korrekt angegeben? Wie hoch sind die voraussichtlichen anrechenbaren Kosten? Welche zusätzlichen Unterlagen werden mit dem Zusicherungsgesuch erwartet?)

Die voraussichtlich anrechenbaren Kosten belaufen sich auf 0.00 CHF.

Das Entschädigungsgesuch soll eine Beurteilung der Kostenrisiken enthalten. Bei Projekten in diesem Umfang wird zudem ein laufendes Kostencontrolling und –reporting an den Kanton und ans BAFU erwartet (mit quartalsweisem Reporting Entwicklung Kosten (Vergleich Soll/Ist und Endkostenprognose). Diese Leistungen/Kosten sind anrechenbar und sind im Entschädigungsgesuch abzubilden.

3.8 Weitere Bemerkungen

Bei Bedarf

3.9 Fazit und Anträge

Welche Gründe sprechen für die Bestvariante / Gibt es Gründe die dagegensprechen?

Gibt es andere Interessen die für oder gegen die Bestvariante sprechen?

Stimmt das BAFU der Wahl der Bestvariante zu? – Begründung

Anträge

[1] Auftrag für Ausführungsplanung gemäss Variante XY an Betreiber

[2] Z.B. technische Vorgaben, geringerer Stababstand o.ä.

[3] Z.B. Vorgaben Wirkungskontrolle

[4] Bei Bedarf

Wir bitten Sie, unsere Anträge und Bemerkungen in Ihrem Entscheid zu berücksichtigen.

4 Weiteres Vorgehen

Sobald alle nötigen Bewilligungen vorliegen, kann [der Inhaber des Wasserkraftwerks] für die im Betreff vermerkte Sanierungsmassnahmen bei [der zuständigen kantonalen Behörde] ein Gesuch um Erstattung der Kosten gemäss Art. 34 des Energiegesetzes vom 30. September 2016 (EnG, SR

Kommentiert [PMUB1]: Wenn Investitionssumme > 5 / 10 Millionen: dann diesen Punkt in BAFU Stellungnahme aufnehmen

Unsere Erwartungen an das laufende Kostencontrolling ist eine ¼-jährliche Berichterstattung zu folgenden Elementen:

- Status Projektfortschritt
 - die aufgelaufenen Kosten / - aktuelle Kostenentwicklung (IST)
 - Vergleich mit geplanten/zugesicherten Kosten (SOLL)
 - Meldung von aufgetretenen Mehrkosten
 - Meldung von weiteren absehbaren/voraussichtlichen Mehrkosten inkl. Risikobeurteilung (-> Genehmigung)
 - Endkostenprognose
 - Meldung von Projektänderungen/anpassungen (-> Genehmigung)
- Meldung zum weiteren Zeitplan

Wenn > 20 Mio, dann soll dieses Reporting durch eine externe Instanz (d.h. nicht das Kraftwerk selbst) erfolgen, wenn < 20 Mio, dann kann das Reporting durch KW selbst erfolgen

730.0) einreichen. Dieses ist einzureichen, bevor mit dem Bau resp. der Massnahme begonnen wird oder grössere Anschaffungen getätigt werden (Art. 28 Abs. 2 EnV). **Mit dem Bau resp. der Massnahme darf erst begonnen werden (bzw. grössere Investitionen dürfen erst getätigt werden), wenn die Zusicherungsverfügung des BAFU vorliegt. Ansonsten besteht kein Anrecht auf Entschädigung.** Nach Eingang des Gesuchs reicht [die kantonale Behörde] dem BAFU umgehend das vollständig ausgefüllte Meldeformular „Gesuchseingang Art. 29 EnV“ ein. [Die kantonale Behörde] prüft das Gesuch auf Vollständigkeit hin. Ist das Gesuch vollständig, so beurteilt sie es gemäss den Kriterien nach Anhang 3 Ziffern 2 und 3 EnV und leitet es mit ihrer Stellungnahme an das BAFU weiter. Ist das Gesuch nicht vollständig, so informiert sie das BAFU umgehend darüber. Sie informiert das BAFU erneut, sobald die zur Vollständigkeit des Gesuchs notwendigen Unterlagen nachgereicht wurden (Art. 29 Abs. 3 EnV).

Für Verfahrensfragen steht Ihnen der Kantonsverantwortliche der Sektion Sanierung Wasserkraft (Vorname Name Kantonsverantwortlicher, Telefon, E-Mail) zur Verfügung. Für inhaltliche Fragen betreffend Sanierung Fischgängigkeit wenden Sie sich bitte an Vorname Name Fachverantwortlicher (Telefon, E-Mail).

Freundliche Grüsse

Beilage(n):

– [TEXT]

Kopie an:

– Kraftwerksinhaber

– Intern: Fachbearbeiter, Kantonsverantwortlicher